

die „freien Wahlen“ in Westdeutschland unter der Diktatur der Monopole und der „Demokratie der Reichen“ aus? Welche Rechte hatte denn die Arbeiterklasse? Während in der DDR die Arbeiter die Herren in ihren Betrieben sind, ist es den westdeutschen Arbeitern gesetzlich verboten, politische Versammlungen in den Betrieben durchzuführen. Während die Arbeiterklasse in der DDR ihre Politik durch Presse, Funk und Film offen darlegen kann, ist das den westdeutschen Arbeitern nicht möglich, da sich alle Massenbeeinflussungsinstrumente in den Händen der Kapitalisten befinden.

Mit der millionenschweren Unterstützung der Adenauer-Partei durch die Konzerne, die, wie bei Hitler, den ganzen demagogischen Propagandarummel finanzierten, mit schwarz-braunen Schlägertruppen und mit Hilfe des psychologischen Druckes der Kirche war es schließlich möglich, daß die Kriegspartei erfolgreich blieb. Es ist der Adenauer-Clique gelungen, große Teile der Bevölkerung zu täuschen.

Wenn heute die SPD-Führung über den Ausgang der Wahlen resigniert, so sollte sie eines erkennen: Schiffbruch hat ihre „Politik des dritten Weges“ erlitten. Zwischen der Adenauer-CDU einerseits und der SED und der Nationalen Front andererseits gibt es keinen dritten Weg! Ein Lavieren zwischen den Klassenfronten hat der Arbeiterklasse noch niemals den Sieg gebracht. Die Werktätigen wollen eine deutliche und klare Antwort auf ihre Fragen haben. Wenn man in einer solchen lebensentscheidenden Frage, wie sie der Kampf gegen die NATO-Kriegspolitik darstellt, mit Wenn und Aber operiert, dann darf man sich nicht wundern, daß die Menschen kein Vertrauen äußern. Mit einer solchen Politik kann man niemals die Militaristen schlagen. Wenn man ein Wirtschaftsprogramm vorlegt, das nicht an den Grundfesten der Monopole rüttelt, dann, so sagen Kleinbürger, können wir auch gleich die Kapitalisten wählen. Wenn die SPD den Kampf gegen das Monopolkapital nicht konsequent führt, wie will sie dann die Mittelschichten gewinnen, die unter dem Druck der Monopole und Banken schwer zu leiden haben? Oder die Bauern?

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat die CDU Arbeiterstimmen bekommen. Jetzt fällt der SPD-Führung das Eingeständnis schwer, daß sie in diesem Gebiet mit seiner starken Arbeiterbevölkerung in ihrer Wahlhoffnung enttäuscht worden sei. Aber, so muß man doch fragen, ist das nicht eine Folge ihrer Koalitionspolitik in Nordrhein-Westfalen? Die SPD ist doch dort an der Koalitionsregierung beteiligt! Aber nicht auf der Basis eines Programms der Arbeiterklasse, sondern als Anhängsel der Bourgeoisie. Diese kleinbürgerliche Politik hat viele Arbeiter irremgemacht.

In der SPD gibt es zwei Tendenzen: die Politik der Führung und die der sozialdemokratischen Arbeiter; letztere fordern eine selbständige Politik der Arbeiterklasse gegenüber der Politik der Bourgeoisie. Darunter befinden sich jene Sozialdemokraten, die kürzlich auf der 6. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig die Erkenntnis aussprachen, daß die Arbeiter aus der DDR und der Bundesrepublik an einem Strang ziehen müssen, wenn sie die westdeutschen Imperialisten und Monopolisten, diese Erzfeinde des ganzen werktätigen Volkes, schlagen wollen.

Für uns entsteht daraus die Aufgabe, die sozialdemokratischen Genossen und die westdeutschen Gewerkschafter auf den Beschluß „Weg und Ziel der deutschen Arbeiterklasse“ der 5. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz vom 10. März 1957 zu orientieren. Dort wurde, damit die Arbeiterparteien und Gewerkschaften in ganz Deutschland zu einem gemeinsamen offensiven Handeln